

# Presse- Information

15. August 2023



Porträt: IG BAU | Alexander Göbel

## Foto-Unterzeile

Warnt vor einer „grauen Wohnungsnot“ bei Baby-Boomer-Rentnern: Sabine Katsche-Döring. Die Vorsitzende der IG BAU Ostwestfalen-Lippe befürchtet außerdem in den kommenden Jahren eine zunehmende „Wohn-Altersarmut“.

Foto: IG BAU | Tobias Seifert

[Die Bilder sind in Druckqualität angehängt. Die Fotos werden zur redaktionellen Verwendung im Kontext der IG BAU-Berichterstattung überlassen. Der Abdruck der Fotos ist honorarfrei. Auf die Nennung vom Rechteinhaber sowie vom Fotografen kann verzichtet werden.]

## Foto-Unterzeile

Dringend gebraucht: Immer mehr Seniorenwohnungen – ohne Treppenstufen, dafür mit bodengleicher Dusche und genügend Platz für das Rangieren mit Rollator und Rollstuhl.



**Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt**

**Bezirksverband  
Ostwestfalen-Lippe**

Marktstraße 8 • 33602 Bielefeld  
Telefon 05 21 – 938 40-0  
Fax 05 21 – 938 40-99

**Björn Wißuwa** 0151 – 72 49 45 44  
Regionalleiter Westfalen  
**Sven Bönnemann** 0160 – 96 94 72 59  
Stellv. Regionalleiter Westfalen

**Sabine Katsche-Döring**  
Bezirksvorsitzende

bielefeld@igbau.de  
www.igbau.de

Senioren vor großen Problemen beim Wohnen – Baby-Boomer-Generation droht „Wohn-Altersarmut“

## **Warnung vor „grauer Wohnungsnot“: Kreis Minden-Lübbecke braucht in 20 Jahren 13.500 Seniorenwohnungen**

„Graue Wohnungsnot“ droht: In zwanzig Jahren werden im Kreis Minden-Lübbecke rund 86.000 Menschen zur Altersgruppe „67plus“ gehören – gut 21.100 mehr als heute. Darauf hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hingewiesen und befürchtet durch die kommende Rentnergeneration der Baby-Boomer einen zunehmenden Mangel an altersgerechten Wohnungen. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf neueste Zahlen, die das Pestel-Institut bundesweit für Städte und Kreise ermittelt hat. Die Wissenschaftler haben die Bevölkerungsentwicklung im Rahmen einer Studie zur künftigen Wohnsituation von Senioren für den Bundesverband des Deutschen Baustofffachhandels (BDB) untersucht.

„In den kommenden Jahren werden im Kreis Minden-Lübbecke immer mehr ältere Menschen eine barrierearme Wohnung brauchen – ohne Treppenstufen, dafür mit bodengleicher Dusche und genügend Platz für das Rangieren mit Rollator und Rollstuhl“, so Sabine Katsche-Döring. Die Zahlen müssten den Wohnungsbaupolitikern schon jetzt Kopfzerbrechen bereiten: Nach Angaben des Pestel-Instituts benötigen bereits heute mehr als 10.900 Haushalte im Kreis Minden-Lübbecke eine Seniorenwohnung, weil in ihnen Menschen im Rentenalter leben, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

In zwanzig Jahren werden im Kreis Minden-Lübbecke nach Berechnungen der Wissenschaftler über 13.500 Wohnungen gebraucht, in denen Menschen mit einem Rollator oder Rollstuhl klarkommen. „Damit herrscht auch jetzt schon ein massiver Mangel an Seniorenwohnungen. Und demnächst gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente. Dann steuern wir sehenden Auges auf eine ‚graue Wohnungsnot‘ zu“, sagt die Bezirksvorsitzende der IG BAU Ostwestfalen-Lippe.

Neben dem Mangel an altersgerechten Wohnungen befürchtet die IG BAU auch eine zunehmende Altersarmut durchs Wohnen. So drohten bei der Boomer-Generation künftig zwei Dinge „fatal aufeinander zu treffen“: Erstens die Gefahr eines sinkenden Rentenniveaus. Und zweitens steigende Kosten fürs Wohnen. Mieter seien hier genauso betroffen wie Menschen mit Wohneigentum, wenn beim Einfamilienhaus oder bei der Eigentumswohnung Sanierungen fällig würden.

„Wenn die Wohnkosten weiter in dem Tempo der letzten Jahre steigen, werden viele Senioren, die damit heute längst noch nicht rechnen, ihren Konsum einschränken müssen. Ältere Menschen werden die hohen Mietpreise oft kaum noch bezahlen können. Für viele wird es dann finanziell richtig eng. Deshalb werden auch im Kreis Minden-Lübbecke künftig deutlich mehr Menschen als heute auf staatliche Unterstützung angewiesen sein, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben“, so Katzsche-Döring.

Um den Wohnungsmarkt für die kommende Rentnergeneration besser vorzubereiten, fordert die IG BAU die Schaffung von mehr preiswertem, vor allem aber auch altersgerechtem Wohnraum. Die Bezirksvorsitzende der IG BAU Ostwestfalen-Lippe: „Deshalb brauchen wir auch für den heimischen Wohnungsmarkt klare finanzielle Anreize. Angesichts der drohenden ‚grauen Wohnungsnot‘ ist deutlich mehr Geld für den Neubau von Seniorenwohnungen, aber auch für die altersgerechte Sanierung bestehender Wohnungen erforderlich.“ Hier seien alle gefordert – Kommunen, Land und Bund.

Das Bundesbauministerium stelle in diesem Jahr einen Fördertopf von 75 Millionen Euro über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für den altersgerechten Umbau von Wohnungen zur Verfügung. „Das Geld wird dringend gebraucht. Aber es reicht bei Weitem nicht. Das hat das letzte Jahr gezeigt. Da gab es exakt die gleiche Fördersumme. Und der Topf war ruckzuck ‚leergefördert‘: Schon nach sechs Wochen war kein einziger Förder-Euro mehr da. Da muss mehr passieren“, fordert die IG BAU-Bezirksvorsitzende Sabine Katzsche-Döring.

Zusätzlich schlägt die IG BAU eine Selbstverpflichtung für große Wohnungskonzerne vor. Sabine Katzsche-Döring: „Mit Blick auf den eklatanten Mangel an Seniorenwohnungen sollten sich die Wohnungsunternehmen verpflichten, einen bestimmten Anteil freierwerdender Wohnungen altersgerecht umzubauen.“ Dieser sollte bei mindestens 20 Prozent liegen.